



Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten

Juni 2016



Charite als Schrittmacher

Charité-Belegschaft leistet Pionierarbeit in Sachen Tarifvertrag zur Mindestpersonalbesetzung

➤ Einen Monat liegt der Erfolg nun zurück. Seit dem 1. Mai gilt in der Berliner Charité ein Tarifvertrag, der erstmals eine Mindestpersonalbesetzung regelt. So gibt es etwa für die Intensivbereiche strikte Vorgaben: Im Frühdienst soll auf einen Patienten eine Pflegerin kommen, im Nachtdienst liegt das Verhältnis bei drei zu eins.

»Natürlich herrscht da Freude bei uns«, sagte Carsten Becker, Vorsitzender der ver.di-Betriebsgruppe, Ende April in der linken Tageszeitung junge Welt. Doch habe man auch Kompromisse eingehen müssen. Eine so klare Regelung wie für den Intensivbereich gibt es für normale Stationen nicht. Dennoch dürfte auch hier mehr Personal als bisher eingesetzt werden.

Herausgekommen sei ein »aktivierender Tarifvertrag«, so Carsten Becker. Denn die Einhaltung der Vereinbarung zu überwachen, das liegt nun bei den Beschäftigten. »Wir können uns jeden Tag dafür einsetzen, unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern.« Die Umsetzung ist aber zugleich auch ein schwieriger Part.

Der vorausgegangene, mehr als vier Jahre lange Arbeitskampf hat Geschichte geschrieben und verdient großen Respekt. Der Streik 2015 - nachdem sich die Charité-Leitung trotz unzähliger Überlastungsanzeigen der Beschäftigten geweigert hatte, etwas gegen die Personalnot zu tun, - dauerte Zehn Tage. Bis zu 1.000 der 3.000 Klinikbetten mussten geräumt werden. Getroffen wurden die Einnahmen des Krankenhauses. Dieser

➔ Fortsetzung auf Seite 2



Guter Deal

Assistenzärzte in England erreichen Vereinbarung

Nach mehreren Streiks (Der »Schrittmacher« berichtete) für bessere Arbeitsbedingungen und den Erhalt des staatlichen Gesundheitswesens NHS, erreichte die britische Ärzteorganisation BMA eine Übereinkunft mit der Regierung über neue Verträge für Assistenzärzte. Über eine Woche hatte man intensiv verhandelt.

Johann Malawana, Vorsitzender des BMA-Komitees für Assistenzärzte, sagte: »Ich glaube, dass das, auf was wir uns heute geeinigt haben, ein guter Deal für Assistenzärzte ist und er wird sicher stellen, dass sie weiterhin qualitativ hochwertige Arbeit für die Patienten leisten können.«

Es wird im Juni Werbetouren vor Ort geben, um den neuen Abschluss zu erklären. Vom 17.-1. Juli wird es ein Mitgliederreferendum darüber geben.

Selbstverständlichkeit erkämpfen

Berliner Lehrkräfte müssen Gespräche über Tarifvertrag erstreiken

Was für die viele Arbeitende selbstverständlich ist, das müssen sich die angestellten Lehrkräfte der Berliner Schulen erst erkämpfen: eine tarifliche Entgeltordnung. Kurz vor Weihnachten 2015 legten die Stadtobere den Lehrkräften ihre Ablehnung von Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf den Gabentisch. Mit dieser Gesprächsverweigerung hat der Senat nun schon den dritten Warnstreik an den Schulen provoziert.

Zu den wichtigsten Forderungen der Gewerkschaft gehört die Anhebung der Bezahlung der Grundschullehrkräfte. Anfang März bestätigte ein Rechtsgutachten, dass die ungleiche Bezahlung „mittelbare Geschlechtsdiskriminierung“ ist, denn fast 90 Prozent der Grundschullehrkräfte sind Frauen. Sie verdienen in vielen Fällen mehrere Hundert Euro im Monat weniger als die Lehrkräfte an anderen Schulen.

Der Senat vermeidet auch nach einem mächtigen Warnstreik am 17. März jede Antwort. Er wendet nun einen schlechteren Tarifvertrag an, den er auf Bundesebene im März 2015 allein mit dem Beamtenbund (dbb) abschloss. So dreist hat eine Landesregierung ein Gesprächsangebot noch nie vom Tisch gefegt. Kein Wunder, dass die Streikbeteiligung wächst. Am 12. Mai demonstrierten 3800 LehrerInnen. Die Kommunistinnen und Kommunisten waren mit einer Solidaritätserklärung der DKP Berlin vor Ort.

Seit Jahrzehnten warnt die DKP vor den Folgen der Profitorientierung: Privatisierung, Personaleinsparung, Verschlechterung der Qualität, Zweiklassenmedizin. Ein wesentlicher Faktor dabei ist die Einführung der diagnosebezogenen Fallpauschalen (DRGs) im Jahr 2004.

» Fortsetzung von Seite 1

Druck zwang die Klinikführung letztlich, dem Anliegen der Pfleger und Pflegerinnen nachzugeben. Und dieser langwierige, qualitativ neuartige Arbeitskampf gegen den anhaltenden Widerstand (und immer wieder gebrochene Vereinbarungen) der Klinikleitung und damit letztlich auch des Berliner Senats, war insgesamt deshalb erfolgreich, weil die Beschäftigten einen langen Atem und gute Unterstützung durch ihre Gewerkschaft sowie durch die Bevölkerung hatten. Die Konsequenzen sind weitreichend: Die Öffentlichkeit nimmt die Personalnot in den Kliniken wahr; der Druck für eine allgemeine gesetzliche Personalregelung steigt.

Doch längst wirken die Geschehnisse an der Charité über die Universitätsklinik hinaus. Krankenhausbeschäftigte der ganzen Bundesrepublik haben den Arbeitskampf der Berliner aufmerksam verfolgt. Als die Gewerkschaft ver.di am 21. April bundesweit zum »Klinikstreiktag« innerhalb der Tarifbewegung des öffentlichen Dienstes aufrief, legten 10.000 Angestellte ihre Arbeit nieder. Genutzt wurde dafür eine Kampfmethod, die zuerst in der Charité erprobt wurde. Tatsächlich sind an den meisten Krankenhäusern der Bundesrepublik die Probleme vergleichbar: Eine beständig steigende Patientenzahl muss von immer weniger Pflegekräften versorgt werden.

Es zeichnet sich ab, dass der wesentliche Grund für die personelle Misere im bundesdeutschen Krankenhauswesen in der kapitalistischen, profitorientierten Ökonomisierung des

Gesundheitswesens liegt. Bereits in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte die DKP vor den Folgen dieser Profitorientierung gewarnt: Privatisierung, Personaleinsparung, Verschlechterung der Qualität, Zweiklassenmedizin. Ein wesentlicher Faktor dabei ist die Einführung der diagnosebezogenen Fallpauschalen (DRGs) im Jahr 2004.



Aufruf an die Schrittmacher-Leserschaft

Liebe Leserin, lieber Leser, seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Büroöffnungszeiten:

Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr

Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



Alarmierende Zustände am Vivantes-Klinikum in Neukölln!

Die Öffentlichkeit ist aufgeschreckt durch die katastrophalen Zustände am Neuköllner Krankenhaus. Die Situation der Rettungsstelle wird vom Luftfahrt-Bundesamt kritisiert; dringend ist der Bau eines Erweiterungstrakts notwendig. Beschäftigte und Patienten leiden seit langem unter diesen Zuständen.

Die Berliner Krankenhauslandschaft wird von den zwei landeseigenen Krankenhauskonzernen Charité und Vivantes geprägt. Sie gehören zu den größten Arbeitgebern Berlins. In beiden Aufsichtsräten ist der Berliner Senat personell vertreten.

In Deutschland beruht die Krankenhausfinanzierung auf dem dualen System, d.h. Investitionen und Bauvorhaben von Krankenhäusern werden durch Steuergelder und die laufenden Betriebskosten durch die Krankenkassen finanziert. Im Vergleich der Bundesländer belegt Berlin bei der öffentlichen Förderung von Krankenhaus-Investitionskosten einen hintersten Platz. Während Hamburg 60 € pro Einwohner für Krankenhausinvestitionen ausgibt, sind es in der Hauptstadt nur 18 €. Deutschlandweit beträgt die Summe durchschnittlich 33 €.

Seit 2015 erhalten die landeseigenen Krankenhäuser Investitions-Pauschalbeiträge vom Senat. Bei großen Bauvorhaben ist die Senatsverwaltung beteiligt. Bisher wurden rd. 103 Mill. € Investitionsmittel zur Verfügung gestellt. Dass

diese Summe nicht ausreicht, wird selbst von der Berliner Krankenhausesellschaft kritisiert, sie spricht von 240 Mill. € Finanzbedarf pro Jahr.

Die Misere des bundesdeutschen Krankenhauswesens, die durch ein permanentes Versagen des Berliner Senats voll durchschlägt, ist durch eine profitorientierte Ökonomisierung des Gesundheitswesens verursacht. Dazu gehört auch die jahrelange Verschleppung des inzwischen millionenschweren Sanierungsbedarfs.

Die Sanierung des Neuköllner Krankenhauses wird mit 585 Mill. € benannt, Baubeginn Frühjahr 2018. Allein die Bauzeit für den Erweiterungsbau wird 3 Jahre dauern. Und die Sanierung soll bei laufendem Betrieb erfolgen! Auf jeden Fall meldet Senator Czaja (CDU) die Summe schon mal für den nächsten Haushalt an. Denn die endgültige Entscheidung fällt erst nach der Abgeordnetenhauswahl. Dies ist kein solides Sanierungsprogramm. Beschäftigten und Patienten werden die Folgen zu tragen haben. Kommt das Geld für die Investitionen nicht - wie gesetzlich vorgeschrieben - vom Land, so ist zu befürchten, dass das benötigte Geld von dem Geld, das eigentlich für das Personal vorgesehen ist, abgezackt wird.

Die DKP kandidiert zu den Abgeordnetenhauswahlen. Sie wird entsprechenden öffentlichen Druck herstellen, dass die Lasten dieser notwendigen Sanierung nicht auf Beschäftigte und Patienten abgewälzt werden.



Auf nach Dortmund!

Zum UZ-Pressesfest
der DKP!

Es ist wieder so weit: Die Kommunistinnen und Kommunisten laden ein zum 19. UZ-Pressesfest nach Dortmund! Vom 1.-3. Juli 2016 werden die ROTEN wieder zeigen, dass es Spaß macht, gemeinsam und generationsübergreifend zu diskutieren und zu feiern - selbstorganisiert und ohne Kommerz.

Drei Tage UZ-Pressesfest heißt:

- Künstler zu erleben, die sich nicht den Profitinteressen der Kulturindustrie unterwerfen.
- Ein Festival der politischen Kultur, auf dem das solidarische Handeln im Mittelpunkt steht und nicht Resignation und Vereinzelung.
- Eintritt frei! Sowie Getränke und Essenspreise, die sich auch Geringverdiener leisten können. Dafür die Bitte um eine Spende an jeden, der es sich leisten kann.
- Ein Zeichen setzen gegen Faschismus und Krieg. Hier gilt: Refugees welcome - kein Zutritt für Rassisten!

Die Kraft der internationalen Solidarität kennenlernen, wenn Kommunistinnen und Kommunisten aus der ganzen Welt zusammenkommen. Wer wissen möchte, warum und wie die ROTEN den Kampf gegen Banken und Konzernen führen und gleichzeitig bis in die Morgenstunden feiern, der muss zum UZ-Pressesfest nach Dortmund.

Tarifabschluss im öffentlichen Dienst

Die Tarifverhandlungen für die 2,14 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen sind abgeschlossen.

Nach ver.di-Angaben konnte der Angriff auf die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung abgewehrt werden. Außerdem sei eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 2,4 Prozent ab 1. März 2016 und 2,35 Prozent ab 1. Februar 2017 vereinbart worden. ver.di-Chef Bsirske wertete das Ergebnis als akzeptablen Kompromiss, der durch die Warnstreiks von 100.000 Beschäftigten ermöglicht worden sei. Besonders um die betriebliche Altersversorgung wurde in den Tarifverhandlungen gerungen. Diese macht bis zu einem Drittel der Rentenansprüche aus. „Der für eine zehnjährige Laufzeit gefundene Tarifkompromiss sieht vor, dass bei Kassen, bei denen finanzieller Handlungsbedarf besteht, ein zusätzlicher Arbeitnehmer-Eigenbeitrag in Höhe von 0,4 Prozent eingeführt wird. Im gleichen Umfang haben die Arbeitgeber einen Zusatzbeitrag zu leisten.“



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Der Wolf im Schafspelz

❖ Viele Menschen merken, dass ihre soziale Situation durch Mietenexplosion, prekäre Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit immer mehr bedroht wird. Sie merken, dass die Politik der Herrschenden mehr Probleme verursacht, als sie zu lösen gewillt oder im Stande ist. Vor diesem Hintergrund wurde die sogenannte »Flüchtlingskrise« genutzt und so die Wut vieler Menschen auf unschuldige Sündenböcke gelenkt.

Dies machen sich neue rechte Gruppierungen – wie die AfD – zu nutze. Es ist ihr gelungen, sich als vermeintliche Interessenvertreterin der kleinen Leute zu präsentieren. Sie hat die berechtigten Existenzängste und Sorgen dieser Menschen in eine Angst vor Flüchtlingen umgedeutet, die von den bürgerlichen Parteien und den Medien fleißig mit geschürt wurde. Die AfD spricht in ihrer Propaganda aber nicht über die Ursachen von Kriegen, Flucht und Wirtschaftskrisen. Alle haben ihren Grund in der Jagd nach Profit. So bringen Rüstungsexporte Profit für die Konzerne und verursachen Flucht der Menschen vor den Kriegen, die zudem noch von Deutschland und seinen Verbündeten häufig mit geschürt wurden (Syrien, Libyen, Irak und andere). Wir müssen also mit den Flüchtlingen gemeinsam um unsere Rechte und Verbesserung der sozialen Lage kämpfen.

Ist die AfD eine Partei der „kleinen Leute“?

Nein, ganz im Gegenteil! Die AfD ist bspw. gegen eine Vermögenssteuer und fordert die Abschaffung der Erbschaftssteuer. Sie fordert also die Entlastung der Reichen in unserem Land. Die AfD will die Arbeitsagentur abschaffen und den Jobcentern die Zuständigkeit und Finanzierung der Erwerbslosen überlassen – also den Kommunen oder den Stadtbezirken, während sie gleichzeitig die Gewerbesteuer »überprüfen« will. Auch das geht zugunsten der Konzerne. Die Kosten werden also wir tragen und nicht die Reichen. Die AfD will den so genannten »freien Wettbewerb« stärken - je weniger Staat, desto besser für die Wirtschaft und damit für den Menschen, meint die AfD. Der Staat ist quasi verantwortlich für das soziale Desaster und nicht die Jagd nach immer höheren Profiten. Sie beruft sich auf die Theoretiker des Neoliberalismus. Die derzeitige soziale Situation ist doch aber genau eine Folge dieser seit Jahrzehnten favorisierten Wirtschaftspolitik, im Zuge dessen die öffentliche Daseinsvorsorge kaputt gemacht wurde. Auf Kosten der Bevölkerung. Die .AfD macht ihre Politik in Wirklichkeit also allein im Interesse der Großkonzerne, gegen die Interessen der Lohnabhängigen und Arbeitslosen. Wir lassen uns aber nicht spalten und stehen gemeinsam gegen Rassismus und Sozialraub!